SPOT ON

Stormy-Annika Mildner, Wiebke Wartenberg, Katja Greeson, Philip Lott, Elisabeth Haas

Mit einem blauen Auge davongekommen

Die USA haben gewählt: Zehn Schlussfolgerungen

November 2022

Die USA haben gewählt. Am 8. November standen nicht nur das Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats zur Wahl, sondern auch Gouverneure in 36 Bundesstaaten sowie weitere kommunale Entscheidungsträger*innen. Es war eine richtungsweisende Wahl, da die neuen Mehrheitsverhältnisse die Handlungsfähigkeit des Präsidenten und Kongresses und damit die Innen- und Außenpolitik der USA beeinflussen werden. Umso wichtiger ist es für Deutschland und die EU, einen genauen Blick auf das Wahlergebnis zu werfen. Noch sind nicht alle Stimmen ausgezählt, aber es kann schon jetzt eine Bilanz mit zehn wichtigen Schlussfolgerungen gezogen werden.

1. Die „rote Welle“ ist ausgeblieben

Alle zwei Jahre finden in den USA Zwischenwahlen, die sogenannten *Midterms* statt, bei denen das gesamte Abgeordnetenhaus sowie jeweils ein Drittel des Senats des US-Kongresses gewählt wird. Auf dem Stimmzettel stehen zudem zahlreiche Ämter auf der Ebene der Bundesstaaten wie Gouverneure und die dortigen Legislativen. Zwei Jahre nach dem Amtsantritt von Joe Biden waren die Wahlen am 8. November ein erster landesweiter Stimmungstest für den amtierenden Präsidenten. Üblicherweise wird die Partei des Präsidenten bei den Zwischenwahlen in der Mitte seiner Amtszeit abgestraft. Hinzu kamen die schlechten Zustimmungswerte für Biden sowie die angespannte wirtschaftliche Lage. Daher hatten viele Beobachter einen Erdrutschsieg für die Republikaner vorhergesagt. Die Wahlergebnisse zeigen jedoch keine rote Welle – von einem blauen Wunder kann allerdings auch nicht die Rede sein.

Aufgrund unterschiedlicher Wahlgesetze in den Bundesstaaten sowie Neuauszählungen und Stichwahlen wird es noch Wochen dauern, bis die Wahlergebnisse final feststehen. Die Republikaner konnten aber bereits die nötige Mehrheit von 218 Sitzen im Abgeordnetenhaus für sich entscheiden. Dennoch ist dies ein deutlich knapperer Wahlausgang, als viele erwartet hatten. Im Senat konnten die Demokraten ihre bisherige Mehrheit verteidigen, und mit der für den 6. Dezember 2022 angesetzten Stichwahl in Georgia könnten sie sogar noch einen weiteren Sitz hinzugewinnen.

Zudem standen 36 Gouverneursposten zur Wahl. In den meisten Fällen setzten sich amtierende Kandidat*innen durch. Den Demokraten gelang es in Maryland, Massachusetts und Arizona, die bisher von Republikanern gehaltenen Gouverneursposten für sich zu entscheiden. Lediglich in Nevada ging ein bisher demokratisch besetzter Gouverneursposten an die Republikaner.

Die Wahlbeteiligung war nicht nur hoch, sondern übertraf in umkämpften Staaten wie Michigan, Arizona und Pennsylvania sogar die Rekordwerte der Zwischenwahlen 2018. Während sich traditionell junge Menschen bei den Zwischenwahlen eher nicht beteiligen, war es dieses Mal anders. Nach Angaben des Center for Information & Research on Civic Learning and Engagement (CIRCLE) gaben bei den diesjährigen Zwischenwahlen schätzungsweise 27 Prozent der US-Jugendlichen zwischen 18 und 29 Jahren ihre Stimme ab. Dies ist die zweithöchste Wahlbeteiligung in rund 30 Jahren. In den umkämpften Bundesstaaten war die Wahlbeteiligung mit 31 Prozent sogar noch höher (CIRCLE 2022).

Die Demokraten können aufatmen; Entwarnung bedeutet das Ergebnis der Wahlen jedoch nicht für sie. So fielen die Rennen gerade in manchen *Swing States* wie Nevada und Georgia denkbar knapp aus. Unter den Republikanern gab es zahlreiche Kandidat*innen, welche die Legitimität von Bidens Präsidentschaft anzweifeln und die „große Lüge“ *(the*

Aspen Institute Germany

big lie) vertreten, dass die Wahlen 2020 nicht rechtmäßig waren. Die Demokraten konnten sich in manchen Staaten nur mit Mühe gegen diese durchsetzen. Zudem kann die demokratische Partei nicht mehr so sicher wie in der Vergangenheit auf ihre Stammwählerschaft zählen. Die Partei verliert immer mehr Wähler*innen nicht nur bei der weißen Arbeiterschicht, sondern auch bei Schwarzen und Latinos. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

2. It's (Not Just) the Economy, Stupid

Die Nachwahlbefragungen zeigen deutlich: auf beiden Seiten des politischen Spektrums waren die wirtschaftliche Lage und Inflation entscheidend für die Stimmabgabe.

Etwa drei von vier Wähler*innen gaben an, dass es der Wirtschaft „schlecht" oder „nicht gut" gehe, und für fast ein Drittel der Wähler*innen war die Inflation das wichtigste Thema (CNN 2022). Die Inflation lag im Oktober 2022 mit knapp 7,7 Prozent zwar deutlich unter dem Höchstwert von 9,1 Prozent im Juni 2022, ist aber immer noch sehr hoch (CNBC 2022). Auch die hohen Spritpreise waren ein wichtiges Wahlkampfthema. Am 18. November 2022 lag dieser in den USA bei durchschnittlich 3,785 Dollar pro Gallone und somit um 17,5 Prozent über dem Vorjahreswert (Bureau of Labor Statistics November 2022). Nur 36 Prozent der Amerikaner*innen befürworten Bidens Wirtschaftspolitik (CNN 2022). Bidens generelle Zustimmungsrate hatte sich zwar seit ihrem Tiefpunkt von 37,5 Prozent im Juli 2022 verbessert (21.7.2022), lag aber am Tag der Wahl immer noch nur bei knapp 42 Prozent (FiveThirtyEight 2022). Es überrascht daher nicht, dass die Republikaner die wirtschaftliche Lage zum Kernthema ihres Wahlkampfes machten. Und das mit Erfolg: Laut Nachwahlbefragungen stimmten Wähler*innen, die besonders unzufrieden mit der wirtschaftlichen Lage waren, überwiegend republikanisch.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes der Demokraten standen die Themen Abtreibung und Demokratie. Im Juni 2022 hatte der Oberste Gerichtshof der USA das Urteil Roe v. Wade gekippt und damit den Bundesstaaten das Recht zugesprochen, selbst über ein Verbot von Abtreibungen zu entscheiden. Mehr als ein Viertel aller Wähler*innen nannte Abtreibung als wichtigstes Thema für ihre Stimmabgabe. Etwa 61 Prozent der Befragten gaben an, dass sie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ablehnen, und etwa sieben von zehn dieser Wähler*innen unterstützten demokratische Kandidat*innen für das Repräsentantenhaus (CNN 2022). Die Relevanz des Themas wurde auch in Referenden in Michigan, Vermont und Kalifornien deutlich, wo Wähler*innen für den Erhalt des Rechts auf Abtreibung stimmten.

Die Demokraten erklärten die Wahlen zudem zu einer Schicksalswahl für die US-amerikanische Demokratie, nicht zuletzt aufgrund einer Vielzahl von Wahlleugner*innen, die landesweit auf den Stimmzetteln standen. So betonte Präsident Biden in einer viel beachteten Rede wenige Tage vor den Wahlen die Bedeutung der Demokratie und die Notwendigkeit, soziale Spaltungen zu überwinden. Die Wahl sei kein Referendum über seine Präsidentschaft, sondern eine richtungsweisende Entscheidung über die Zukunft der US-amerikanischen Demokratie, so Biden.

Weitere wichtige Themen waren Kriminalität, Waffenpolitik und Einwanderung. Während Demokraten strengere Waffengesetze und eine liberale Einwanderungspolitik fordern, setzten sich republikanische Kandidat*innen für rigide Einwanderungsgesetze und gegen Waffengesetze ein. Republikaner beschuldigten die demokratische Partei, für einen Anstieg der Gewaltkriminalität und von Tötungsdelikten in den vergangenen zwei Jahren verantwortlich zu sein. Dies war eine Strategie, die bei der eigenen Basis auf fruchtbaren Boden stieß: Republikanische Wähler begründeten ihre Stimmabgabe öfter mit dem Wunsch nach mehr öffentlicher Sicherheit. Die Demokraten versuchten zwar vor den Wahlen, ebenfalls einen schärferen Ton in puncto Sicherheit anzuschlagen, doch scheint dieser Strategiewechsel zu spät gewesen zu sein, um noch eine Wirkung zu entfalten.

3. Die US-Demokratie ist standhafter als viele denken

Ein Großteil der US-Amerikaner*innen ist sich einig, wenn es um den Zustand der Demokratie geht: 70 Prozent glauben, dass sich ihre Nation in einer Krise befindet und zu scheitern droht (NPR/Ipsos Januar 2022). Mehr als die Hälfte denkt, dass die Demokratie nicht gut funktioniert (Associated Press/NORC Oktober 2022). Umstrittener ist die Frage, warum sich die Menschen Sorgen um die Demokratie machen. Republikaner fürchten, dass die Integrität von Wahlen in Gefahr ist. Im Gegensatz dazu sehen die Demokraten in Donald Trump und seinem Versuch, legitime Wahlergebnisse für ungültig zu erklären, die größte Bedrohung.

Angesichts des Angriffs auf das Capitol am 6. Januar 2021 war die Sorge groß, dass es zu

Gewaltausschreitungen rund um die Zwischenwahlen kommen könnte. Am Wahltag selbst wurden jedoch weder gewalttätige Unruhen noch größere Verstöße bei der Stimmabgabe gemeldet. Auch die Befürchtungen, dass neue Wahlgesetze in einigen Bundesstaaten die Wahlbeteiligung massiv beeinflussen könnten, bewahrheiteten sich nach ersten Prognosen nicht. In 20 Staaten wurden seit Anfang 2021 geschätzt 33 neue Wahlgesetze verabschiedet (Brennan Center for Justice 2022). In vier Bundesstaaten mit besonders strikten neuen Gesetzen – Florida, Iowa, Georgia und Texas – war lediglich ein leichter Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Einen entscheidenden Einfluss auf das Wahlergebnis hatten neue Zuschnitte der Wahlkreise (*Gerrymandering*). So kann die regierende Partei auf Landesebene die Wahlbezirke geographisch so zuschneiden, dass die Stimmen der eigenen Wählerschaft zu möglichst vielen Mandaten führen. Ein Beispiel hierfür ist der Bundesstaat Florida, in dem sich die Republikaner durch die Neuordnung der Wahlbezirke im Jahr 2020 einen Vorteil verschaffen konnten: Die Republikaner konnten vier ehemals demokratisch-gehaltene Sitze im Repräsentantenhaus für sich entscheiden. Auch in anderen republikanisch-dominierten Staaten, darunter Georgia, Ohio und Texas, könnten neue Wahlkreiszuschnitte den Republikanern geholfen haben, die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erlangen. Andererseits scheint es, dass in Michigan neue Wahlkreisgrenzen, die von einer unabhängigen Kommission festgelegt wurden, für mehr Wettbewerb gesorgt haben (Brennan Center for Justice 2022).

Verschwörungsideologien und die Leugnung von Wahlergebnissen sind in den USA mittlerweile weit verbreitet. Die sogenannte „Große Lüge“ grassiert weiter. 29 Prozent aller Amerikaner*innen und 61 Prozent aller Anhänger*innen der Republikaner glauben, dass die Demokraten die Wahl gestohlen haben (Monmouth University 2022). Unter den republikanischen Kandidat*innen zweifelten 291 die Legitimität von Bidens Präsidentschaft öffentlich an (Washington Post 2022). Insbesondere gab es eine Reihe von Anhänger*innen der „Großen Lüge“, die für Positionen kandidierten, die einen direkten Einfluss auf Wahlprozesse haben, darunter Gouverneure und *Secretaries of State* (oberste Wahlleiter*innen in den Bundesstaaten). Vor dem Wahltag war die Sorge groß, dass diese Kandidat*innen mehrheitlich gewinnen und die Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 beeinflussen könnten. Bislang setzten sich zwar 176 dieser Kandidat*innen durch (Washington Post 2022), aber insbesondere in den umkämpften Rennen hatten diese im Großen und Ganzen Schwierigkeiten, die Wahl für sich zu entscheide – ein Zeichen dafür, dass eine breite Öffentlichkeit diese Position ablehnt.

Verstummt ist diese Position allerdings nicht. So äußerten sich einige Republikaner skeptisch über den Verlauf und Ausgang der Zwischenwahlen. In ihrer Rede nach der Wahl behauptete Kari Lake, republikanische Gouverneurskandidatin in Arizona, in Arizona hätten „inkompetente Leute das Sagen“ und versprach, „wieder ehrliche Wahlen in Arizona herzustellen“. Die ersten Klagen gegen Wahlbetrug wurden bereits eingereicht. Nach der vollständigen Auszählung aller Stimmen dürfte die Zahl der Klagen noch zunehmen.

4. Polarisierung, aber ein Hoffnungsschimmer

Die USA sind so gespalten wie nie – zwischen Demokraten und Republikanern, Progressiven und Konservativen, Städten und ländlichen Regionen, den Küsten und der Mitte des Landes, Arm und Reich. Die Spaltung geht jedoch deutlich weiter. Mittlerweile scheinen Amerikaner*innen in zwei Parallelwelten zu leben.

Die Zwischenwahlen verdeutlichen erneut, dass politische Ideologie für viele zum Teil der Identität geworden ist. Auch im Alltag zeigt sich ein tiefes gegenseitiges Misstrauen zwischen den Anhänger*innen der beiden Parteien. 62 Prozent der Wähler*innen der Republikaner und 54 Prozent der der Wähler*innen der Demokraten haben eine schlechte Meinung von Anhänger*innen der anderen Partei (Pew August 2022). Die Gruppe der unentschlossenen Wähler*innen, der *Swing Voters*, scheint mit jeder Wahl zu schrumpfen. Ende Oktober sagten landesweit nur elf Prozent der Wähler*innen, dass sie noch unentschlossen seien, für welche Kandidat*innen sie stimmen würden (POLITICO/Morning Consult 2022).

Die Wahlen in Georgia, Kansas und New Hampshire sind jedoch ein Hoffnungsschimmer für das polarisierte Land. In diesen Staaten entscheidet sich ein gewisser Prozentsatz der Wähler*innen, ihre Stimmen zwischen den Parteien aufzuteilen: Sie wählen beispielsweise einen republikanischen Kandidaten für den Senat und eine Demokratin als Gouverneurin oder umgekehrt und beeinflussen damit die Mehrheitsverhältnisse. In Georgia ist die Senatswahl zwischen Herschel Walker (R) und Senator Raphael Warnock (D) daher so knapp, dass es zu einer Stichwahl kommen wird, während Brian Kemp (R) das Rennen gegen Stacey Abrams (D) um den

Gouverneursposten klar für sich entscheiden konnte. Diese Art der Wahlentscheidung hat in den letzten Jahrzehnten abgenommen, zeigt aber, dass bestimmte Faktoren wie die Qualität der Kandidat*innen oder auch der Amtsbonus einen Unterschied machen können.

Die Polarisierung lässt sich auf eine Vielzahl von Faktoren zurückführen und ist bei weitem kein neues Phänomen. Die Medienlandschaft in den USA spiegelt die Spaltung in der Gesellschaft nicht nur wider, sondern verstärkt und festigt sie. In den Sozialen Netzen haben sich Echokammern gebildet. Dies sind soziale Räume, in denen die eigene Meinung gespiegelt und nicht mit anderen Meinungen konfrontiert wird. Zusammen mit dem Problem von Filterblasen und der Verbreitung von Desinformation führt dies zu einer Verstärkung und Verhärtung der eigenen Meinung.

Zudem werden durch das *Gerrymandering* und den Zuschnitt von Wahlbezirken die Extrempositionen in den Parteien gestärkt. Auch die zunehmende Stadt-Land-Kluft führt zu einer geografischen Homogenisierung von *Communities*, in der sich gleichgesinnte Personen zusammenfinden.

5. Donald Trump – der große Verlierer der Wahl

Mit Blick auf die bisherigen Ergebnisse wird klar, dass der ehemalige Präsident Donald Trump der größte Verlierer der Zwischenwahlen 2022 ist. Die von ihm unterstützten Kandidat*innen konnten sich nur selten durchsetzen. Im hart umkämpften Senatsrennen zwischen Mehmet Oz (R) und John Fetterman (D) in Pennsylvania setzte sich so etwa der demokratische Kandidat durch. Auch in Arizona konnte sich die von Trump unterstützte Kari Lake (R) im Wahlkampf um den Gouverneursposten nicht gegen die Demokratin Katie Hobbs (D) behaupten.

Darin spiegelt sich jedoch mehr eine Ablehnung von Trumps Stil denn von seiner Politik wider. Ein Beispiel hierfür ist Ron DeSantis (R), der kürzlich mit deutlicher Mehrheit wiedergewählte Gouverneur von Florida und einer der großen Gewinner der Zwischenwahlen. Seine Politik ähnelt zwar in vielen Aspekten der des ehemaligen Präsidenten, doch ist sein Auftreten professioneller und berechenbarer. Zudem hat er vermieden, Behauptungen über Betrug bei der Wahl 2020 öffentlich zu wiederholen, gleichwohl er für Kandidat*innen warb, die dies getan haben.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele gewählte Vertreter*innen des Trump-Flügels immer noch wichtige Positionen inne haben und die Partei weiterhin als große Fundraiser beeinflussen. Trump ist es in der Vergangenheit oft gelungen, sich der politischen Verantwortung für seine Fehler zu entziehen. Die größte Herausforderung für seine parteiinternen Gegner werden seine engagierten Unterstützer*innen sein, die für Politiker*innen des republikanischen Establishments nur schwer zu erreichen sind.

6. Joe Biden: Besser als sein Ruf

Die Zwischenwahlen gelten traditionell auch als Referendum über den amtierenden Präsidenten und seine Politik. In der Woche vor den Wahlen waren nur 40 Prozent der Amerikaner*innen mit der Leistung Bidens zufrieden (Reuters 2022). Daher wurden Biden und seine Regierungspolitik größtenteils als Risikofaktor für die Demokraten gesehen.

Das Wahlergebnis verleiht Biden innerparteilich Auftrieb. Am Wochenende nach der Wahl äußerte sich der Präsident zuversichtlich. Er kündigte an, seinen bisherigen politischen Kurs fortzusetzen. Prominente Stimmen aus der Partei, wie Senatorin Elizabeth Warren, stärkten Biden den Rücken. Kritische Stimmen stellten hingegen infrage, ob es nicht vielmehr trotz und nicht dank Biden ein demokratischer Erfolg war. Mit einer republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus wird diese Erleichterung nach der Wahl nicht lange anhalten. Entscheidend wird sein, wie Biden mit den erwarteten parlamentarischen Untersuchungen und der republikanischen Agenda in einem gespaltenen Kongress umgehen wird.

7. Die Wählerschaft ändert sich

In den kommenden Tagen und Wochen wird sich die Wahlanalyse vor allem auf geografische und demografische Faktoren fokussieren. Diese Auswertung ist wichtig, um eine sich wandelnde Bevölkerungsstruktur und deren Wahltendenzen zu verstehen und zukünftige Wahlentscheidungen vorherzusagen.

Traditionell geben Frauen eher den Demokraten ihre Stimme. Im Gegensatz dazu wählen Männer typischerweise eher republikanisch. Gerade Frauen in den *Suburbs* kommt viel Aufmerksamkeit zu, weil sie eher als unentschlossene und daher überzeugbare Wählerinnen gelten. Eine erste Analyse der Wahlbeteiligung zeigt, dass weiße Frauen in diesen Zwischenwahlen wieder vermehrt zu den Republikanern gewechselt sind. Demokraten haben sich zu sehr darauf verlassen, dass das Abtreibungsthema die Wahlentscheidung der Frauen in diesem Jahr bestimmen würde.

Aber auch andere Themen, von der Wirtschaftslage bis zur Kriminalität, spielten offensichtlich eine wichtige Rolle.

Junge Wähler*innen stimmten bei diesen *Midterms* mit überwältigender Mehrheit für die Demokraten und werden als Schlüssel zum Erfolg in wichtigen Rennen gesehen. Laut Exit Polls stimmten 63 Prozent der unter 30-Jährigen für die Demokraten und 35 Prozent für die Republikaner. Wähler*innen über 45 stimmten hingegen mehrheitlich für die Republikaner (CNN 2022).

Auch das Wahlverhalten von Minoritäten ist ein entscheidender Faktor für den Ausgang der Zwischenwahlen. Schwarze und Latinos stimmten mehrheitlich für die Demokraten, während sich die Mehrheit der weißen Wähler*innen für republikanische Kandidat*innen entschied (CNN 2022). Erste Analysen zeigen jedoch auch, dass schwarze und Latino Wähler*innen tendenziell wieder mehr zu den Republikanern gewechselt sind. Im Vergleich zu 2018 konnten die Republikaner bei schwarzen Wähler*innen um vier Prozentpunkte und bei Latino Wähler*innen sogar um zehn Prozentpunkte zulegen (Politico 2022). Dabei ist zu bedenken, dass gerade die Gruppe der Latinos aufgrund unterschiedlicher Einwanderungshintergründe alles andere als homogen ist. Viele sind seit Generationen im Land, während andere erst kürzlich eingewandert sind, und auch ihr Herkunftsland macht einen Unterschied. Der von den Republikanern erhoffte Wählerzuwachs von Latinos lässt sich dennoch, mit Ausnahme der Wahl von Ron DeSantis (R), nur in geringem Maße beobachten. Landesweit erhielten immer noch die Demokraten 63 Prozent und die Republikaner nur 36 Prozent der Stimmen dieser Wählergruppe (CNN 2022). Es ist aber klar, dass sich die Demokraten nicht darauf verlassen können, dass Einwanderungsfragen allein entscheidend für diese Wählergruppe sind. Vielmehr stimmen Latinos in sozialen und wirtschaftlichen Fragen oftmals konservativer ab.

8. Es wird schwieriger für Biden, Politik zu machen

In den vergangenen zwei Jahren konnte Biden mit einem *unified government* regieren. Im Senat hielten die Republikaner und die Demokraten je 50 Sitze. Vizepräsidentin Kamala Harris (D) konnte daher als Präsidentin des Senats bei unentschiedenen Abstimmungen die entscheidende Stimme abgeben. Damit verhalf sie den Demokraten in den vergangenen zwei Jahren 26 Mal zur Mehrheit. Im Repräsentantenhaus hielten die Demokraten 220 Sitze, die Republikaner hingegen nur 213 Sitze.

Trotz der engen Mehrheitsverhältnisse gelang es der Biden-Administration, große Gesetzesinitiativen durch den Kongress zu bekommen. Dazu gehören das Konjunkturpaket *American Rescue Plan Act*, das Infrastrukturgesetz *Infrastructure Investment and Jobs Act*, der *CHIPS Act* und zuletzt der *Inflation Reduction Act* (IRA). Während die Abstimmungen zum Konjunkturpaket und IRA entlang der Parteilinien verliefen, stimmten auch einige Republikaner für die Infrastrukturausgaben und das Gesetz zur Förderung der Halbleiterindustrie in den USA.

Einfach war es für die Biden-Administration allerdings nicht. Und dies lag nicht allein an den engen Mehrheitsverhältnissen, sondern auch an parteiinternen Meinungsverschiedenheiten, wie beispielsweise beim Thema Klima- und Energiepolitik. So scheiterte Bidens großes Gesetzgebungspaket, der *Build Back Better Act*, unter anderem am demokratischen Senator Joe Manchin aus West Virginia. Um die Demokraten auf Linie zu halten, musste der Präsident daher Kompromisse mit der eigenen Partei machen. Eine besondere Hürde, die der Präsident zudem überwinden musste, war im Senat der *Filibuster*. Durch Dauerreden oder die bloße Androhung von Dauerreden kann die Minderheit eine Beschlussfassung durch die Mehrheit verhindern oder verzögern. Für die Überwindung eines *Filibuster* sind 60 der 100 Stimmen im Senat notwendig. Die Biden-Administration bediente sich daher bei einigen ihrer Vorhaben Verfahren aus den Haushaltsprozessen, die nicht dem *Filibuster* unterliegen.

In den kommenden zwei Jahren dürfte es für Biden noch schwieriger werden, große Gesetzesvorhaben durch den Kongress zu bekommen, auch wenn kein vollständiger Stillstand zu erwarten ist. Zudem hat Biden die Möglichkeit, unliebsame Gesetze mit einem Veto zu belegen. Dazu gehören beispielsweise die Pläne der Republikaner, auf Bundesebene ein Abtreibungsverbot einzuführen, oder auch ihre Ambition, den IRA rückgängig zu machen.

Eine Herausforderung für die Demokraten dürften die zu erwartenden parlamentarischen Untersuchungen werden. Die wichtige Arbeit des Ausschusses zu den Ereignissen des 6. Januars 2021 im Abgeordnetenhaus könnte aller Voraussicht nach von den Republikanern beendet werden. Stattdessen könnten die Republikaner dann neue Untersuchungsausschüsse ins Leben rufen, zum Beispiel zu den ge-

schäftlichen Beziehungen von Präsident Bidens Sohn Hunter oder dem Abzug aus Afghanistan.

Auch der Haushaltsprozess und die Anhebung der Schuldengrenze dürften zu einem Streitpunkt zwischen Republikanern und Demokraten werden. Die Staatsverschuldung der USA erreichte im Herbst 2022 einen Rekordwert. Laut Finanzministerin Janet Yellen könnten die USA die Schuldengrenze bereits im Sommer 2023 erreichen. Zudem muss sich der Kongress im Sommer 2023 auf einen neuen Haushalt für das Fiskaljahr 2024 verständigen. Gelingt dies nicht, droht ein *Government Shutdown*. In diesem Fall müssen die Behörden der Bundesregierung ihre Tätigkeit zu großen Teilen einstellen und können nur noch die als unerlässlich angesehenen Aufgaben erledigen. Wird die Schuldenobergrenze nicht angehoben, darf die Bundesregierung keine neuen Kredite aufnehmen. In diesem Fall droht ein Staatsbankrott mit massiven Auswirkungen auf die Wirtschaft der USA und das weltweite Finanzsystem.

Schließlich bleibt Präsident Biden noch ein letztes Mittel, um seine Agenda durchzusetzen: Präsidialerlasse (*Executive Orders*). Diese Erlasse umgehen den Kongress, können aber von Gerichten oder nachfolgenden Präsidenten gekippt werden. Dies zeigte sich bereits während der Amtszeit von Präsident Barack Obama, als dieser vor allem seine Klima- und Energieagenda über Präsidialerlasse umsetzte. Ein Großteil von ihnen fiel der Präsidentschaft von Donald Trump zum Opfer.

9. Noch alles offen für die Präsidentschaftswahlen

Bereits kurz nach den Zwischenwahlen beginnen die Vorbereitungen für den nächsten Wahlkampf und die Aufstellung der Kandidat*innen für die Präsidentschaftswahlen 2024. Am 15. November 2022 verkündete Donald Trump offiziell seine erneute Kandidatur. Doch die Ergebnisse der Zwischenwahlen stellen die Erfolgsaussichten für seine Kandidatur in Frage. Der klare Sieg von Floridas Gouverneur Ron DeSantis (R) – ein potenzieller Anwärter auf die republikanische Kandidatur – hat die Lage für Trump weiter erschwert.

Bei den Demokraten ist eine erneute Kandidatur Bidens nicht ausgeschlossen. Der Präsident selbst kündigte zuletzt eine Entscheidung für Anfang 2023 an. Einer CNN-Umfrage vom November 2022 zufolge sind 67 Prozent aller Wähler*innen gegen eine Kandidatur Bidens. Dagegen glauben viele Parteifunktionäre der Demokraten, dass der amtierende Präsident weiterhin der vielversprechendste Kandidat wäre. Kritiker aus den eigenen Reihen monieren jedoch auch seine schlechten Umfragewerte und sein fortgeschrittenes Alter. Die Demokraten und Biden selbst haben es allerdings bisher versäumt, vielversprechende Kandidat*innen für seine Nachfolge aufzubauen. Immerhin ist Biden der Einzige, der Trump nun zweimal in Folge ‚besiegt' hat – im direkten Rennen um die Präsidentschaft 2020 und jüngst indirekt durch die Wahlniederlagen der von Trump unterstützten Kandidat*innen in den *Midterms*.

10. Die Zwischenwahlen als Warnsignal für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Die Zwischenwahlen sind auch für die transatlantischen Beziehungen von großer Bedeutung. Die gesellschaftliche Polarisierung und die damit verbundene Nabelschau in den USA wird die außenpolitische Agenda der Biden-Administration einschränken. In den kommenden zwei Jahren wird ein Großteil der politischen Energie für innenpolitische Themen benötigt werden. Dazu zählen die Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen, aber auch eine intensivere Kommunikation mit den Bürger*innen, insbesondere abseits der Küsten und außerhalb der großen Städte.

Biden ist ein überzeugter Transatlantiker – vielleicht sogar der letzte Präsident dieser Art, da sich der Blick der USA immer mehr in den indo-pazifischen Raum verschiebt. Unter dem Motto *America is back* hatte sich Biden zum Ziel gesetzt, die internationale Führungsrolle der USA zu stärken und durch eine engere Zusammenarbeit verlorenes Vertrauen der Verbündeten wiederherzustellen. Dieser Kurs könnte nun unter Druck geraten, auch weil Biden bisher bei der Wählerschaft nicht nachhaltig mit außenpolitischen Erfolgen punkten konnte. Ein republikanisch dominiertes Repräsentantenhaus könnte gerade im transatlantischen Verhältnis eine Reihe von Spannungspunkten verstärken, wenngleich die Gefahr deutlich größer gewesen wäre, hätten es mehr Kandidat*innen des von Donald Trump inspirierten „MAGA"-Flügels der Republikanischen Partei in den Kongress geschafft.

1. *Russland und Ukraine*: Ein besonders wichtiges Thema sind die US-Hilfen an die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg. Die USA sind sowohl militärisch als auch finanziell der größte Unterstützer des Landes. Vor den Zwischenwahlen hatte Kevin McCarthy, der republikanische Minderheitsführer im Repräsentantenhaus, in einem Interview an-

gekündigt, dass es „keinen Blankocheck mehr für die Ukraine geben würde" und auf die wirtschaftliche Lage der Menschen in den USA hingewiesen. Gerade Kandidat*innen des rechten Spektrums der Republikaner hatten sich kritisch zu den Hilfen geäußert. Die Biden-Administration steht auch nach den Zwischenwahlen zur Ukraine; und auch im neu zusammengesetzten Kongress dürfte es nach wie vor eine Mehrheit der Parlamentarier*innen für die Unterstützung des vom Krieg gebeutelten Landes geben. Denn auch die Republikaner haben weder ein politisches noch wirtschaftliches Interesse an einer weiteren Destabilisierung Europas. Ganz im Gegenteil: Die Unterstützung der Ukraine ist der beste Weg, um die russischen Machtbestrebungen einzudämmen und das russische Regime zu unterminieren. Allerdings dürften die Stimmen lauter werden, die von den Europäer*innen erwarten, mehr Verantwortung zu übernehmen. Dabei könnte gerade auf Deutschland ein zunehmend kritischer Blick geworfen und hinterfragt werden, wie es um die praktische Umsetzung der Zeitenwende steht.

2. *China-Politik*: Ein weiteres schwieriges Thema in den transatlantischen Beziehungen ist die China-Politik. In den USA wird China mittlerweile als größte Gefahr für die nationale Sicherheit wahrgenommen. Die USA sehen sich in einem Systemwettbewerb mit der Autokratie, die immer mehr versucht, ihren Einfluss weltweit zu vergrößern. Biden setzt die harte Linie Trumps gegenüber China daher größtenteils fort, wenngleich er Kooperationsangebote bei großen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, erst kürzlich am Rande des G20-Gipfels in Bali, Indonesien, gemacht hat: Die Beziehungen zwischen den Ländern bleiben angespannt, gerade in der Taiwan-Frage und in puncto Menschenrechte. Viele Republikaner fordern eine noch schärfere Politik gegenüber Peking. Der technologische Wettbewerb zwischen den USA und China dürfte daher eine der Prioritäten des von den Republikanern geführten Repräsentantenhaus sein. Sie wollen die Exportkontrolle für kritische Güter und Technologien weiter verschärfen, und auch die Prüfung US-amerikanischer Investitionen im Ausland (*Outbound Investment Screening*) könnte wieder auf die Agenda gesetzt werden. Auch in der EU wird China mittlerweile mit kritischeren Augen gesehen. Der bisher die EU-leitende Dreiklang aus ‚Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale' verschiebt sich zunehmend in Richtung Rivalität. Die deutsche Bundesregierung arbeitet an einer neuen China-Strategie. Allerdings gibt es weiter Unterschiede in der China-Politik der USA und der EU. Die EU und ihre Mitglieder setzen nach wie vor noch mehr auf Kooperation, was sicherlich auch an der stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Reich der Mitte liegt. Auch hier könnte sich die Biden-Administration nun gezwungen sehen, von den europäischen Partnern mehr Unterstützung in der geoökonomischen und geopolitischen Auseinandersetzung einzufordern.

3. *Klimapolitik*: Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein wichtiges Anliegen der Biden-Administration. Bundesweite Klima-Steuern oder auch Emissionshandelssysteme sind in den USA nicht mehrheitsfähig. Barack Obama war während seiner Amtszeit mit allen größeren Gesetzgebungsinitiativen am Kongress gescheitert. Er setzte daher in der Klimapolitik in erster Linie auf Präsidialerlasse. Viele der neuen Regulierungen wurden jedoch vor den Gerichten der USA angefochten und wenige überlebten die Präsidentschaft Trumps. Biden hingegen setzt bisher vor allem auf große Investitionspakete und konnte zuletzt mit dem IRA einen großen politischen Erfolg für sich verbuchen. Für eine Fortsetzung dieser Strategie wird er in den kommenden zwei Jahren jedoch nicht mehr den notwendigen Rückhalt im Kongress haben. Dies wird auch die internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz erschweren.

4. *Handels- und Technologiekooperation*: Während der Trump-Administration waren die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen durch zahlreiche Konflikte belastet (US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte, Androhung von Autozöllen, Subventionierung der Luftfahrtindustrie auf beiden Seiten des Atlantiks). Nicht nur wurde bei vielen dieser Streitthemen zumindest ein temporärer Kompromiss erzielt. Die EU und USA verständigten sich zudem auf die Gründung des *Trade and Technology Councils* (TTC), welcher die Zusammenarbeit bei Handels- und Technologiefragen fördern soll. Der TTC hat mittlerweile bereits zwei Mal erfolgreich getagt und gerade auch bei der Abstimmung der Sanktionen gegenüber Russland eine wichtige Rolle gespielt. Die dritte Sitzung steht Anfang Dezember 2022 an. Allerdings sind bei weitem nicht alle Konfliktthemen vom Tisch. Ganz im Gegenteil zeichnen sich neue Probleme ab. Ein Streitthema ist die Bevorzugung US-amerikanischer Anbieter und Produktion im IRA beim Thema Elektromobilität. Wenn er sich auch rhetorisch stark von Trump unterscheidet, führt Biden doch Elemente der *America first*-Handelspolitik seines Vorgängers fort. Letztlich wird auf beiden Seiten des Atlantiks die Industrie massiv subventioniert. Dies schafft neue Reibungspunkte.

Die Zwischenwahlen sind ein (weiteres) Warnsignal für die transatlantischen Beziehungen. Die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024 stehen bereits vor der Tür. Der Wahlkampf und die parteiinternen Vorwahlen werden schon bald wieder den politischen Alltag in den USA bestimmen. Obwohl die Handlungsfähigkeit Bidens nach den Zwischenwahlen weiter begrenzt ist, sollte die EU ihre Bemühungen intensivieren, die transatlantischen Beziehungen in den kommenden zwei Jahren strategisch voranbringen. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn die EU und ihre Mitgliedstaaten auch ihre eigenen Hausaufgaben machen. Für Deutschland bedeutet dies, dass die Bundesregierung die *Zeitenwende* schneller in praktische Politik umsetzen und noch mehr Verantwortung für die Sicherheit Europas übernehmen muss. Zudem ist ein noch stärkeres Umdenken in der bisherigen China-Politik gefragt. Schließlich sollte die Bundesregierung noch mehr bei ihren europäischen Partnern – allen voran Frankreich – für eine Stärkung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen werben.

Stormy-Annika Mildner

Executive Director von Aspen Germany seit Januar 2021.

Wiebke Wartenberg

Senior Program Officer im Transatlantik-Program von Aspen Germany seit Februar 2017.

Katja Greeson

Program Officer im Transatlantik-Program von Aspen Germany seit September 2022.

Philip Lott

Program Officer im Transatlantik-Program von Aspen Germany seit Juni 2022.

Elisabeth Haas

Program Assistant im Transatlantik-Program von Aspen Germany seit Juni 2022.

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht der Autor*innen dar. Die Autor*innen sprechen ausdrücklich nicht im Namen der mit ihnen assoziierten Institution.

Über diese Reihe

Mit dem Kurzdossier *Spot On* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten Autor*innen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.

Herausgeberschaft: Aspen Institute Deutschland e.V.
ISSN: 2748-2480
Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner, Emilie Schreier
Design & Layout: Michaela Zintl